

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Willfried Penner, Gerd Wartenberg (Berlin), Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Peter Büchner (Speyer), Günter Graf, Gerlinde Hämmerle, Dr. Ingomar Hauchler, Marianne Klappert, Walter Kolbow, Fritz Rudolf Körper, Volkmar Kretkowski, Dr. Uwe Küster, Dr. Klaus Kübler, Uwe Lambinus, Dorle Marx, Dieter Maaß (Herne), Adolf Ostertag, Albrecht Müller (Pleisweiler), Peter Paterna, Bernd Reuter, Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Johannes Singer, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Siegfried Vergin, Jochen Welt, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Fast täglich werden in der Bundesrepublik Deutschland Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität oder ihrer Religion diskriminiert und tätlich angegriffen.

Die nicht abreißende Kette von Anschlägen auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Asylbewerber im gesamten Bundesgebiet erfüllt alle Demokraten mit Scham.

Den Rechtsstaat und seine Strafverfolgungsorgane hätten die wiederholten Ausschreitungen gegenüber Menschen, die in unserem Land Zuflucht vor Verfolgung suchen, nicht so unvorbereitet treffen dürfen. Schon im Jahr 1990, wie dem Verfassungsschutzbericht zu entnehmen war, ist die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten – insbesondere gegen Ausländer – erheblich angestiegen.

Das Gewaltpotential rechtsradikal motivierter Straftäter wächst ständig weiter. Die rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Täter schrecken vor keiner Gewalttat, nicht einmal vor Tötung zurück.

Nach jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamtes sind seit Jahresbeginn bis Mitte Oktober 1991 insgesamt 1 020 gegen Ausländerinnen und Ausländer bzw. Ausländerheime gerichtete Straftaten registriert worden. Darunter befinden sich 208 Brandanschläge und 109 mit meist brutalster Gewalt verübte Angriffe mit Verletzungs- und Todesfolge (in vier Fällen).

Insbesondere unter Schülern und Jugendlichen ist die Situation durch zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern und Asylbewerbern gekennzeichnet.

Die Ursachen für den Fremdenhaß und die Eskalation der Gewalt sind vielschichtig. Jedoch können Perspektivlosigkeit jüngerer Menschen, fehlende Arbeitsplätze oder herrschende Wohnungsnot die Anschläge ebensowenig entschuldigen wie die nicht enden wollende Asyldebatte oder gar der Hinweis darauf, daß es Fremdenhaß auch in anderen Ländern gibt.

Die Bundesrepublik Deutschland steht aufgrund ihrer Vorgeschichte in einer größeren Verantwortung gegenüber den bei uns lebenden Ausländern und Asylbewerbern als jedes andere Land.

In unserem demokratischen Rechtsstaat müssen alle Menschen vor Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geschützt werden. Aufgabe eines Rechtsstaates ist es, durch Aufklärung der Bevölkerung fremdenfeindliche und rassistische Vorurteile abzubauen, um möglichen Gewalttaten vorzubeugen.

Der Informationsstand über den Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und zunehmender Gewaltbereitschaft ist zu verbessern, und damit sind die Chancen einer gemeinsamen Politik aller Demokraten zur Eindämmung der Gewalt, des Fremdenhasses und des Rechtsradikalismus zu schaffen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der Bundesbürger vor, die mit ausländerfeindlichen Bestrebungen sympathisieren?
2. Wie hoch ist der Anteil der Bundesbürger, die die Anwendung von Gewalt gegen Ausländer und Asylbewerber gutheißen bzw. die selbst bereit sind, Gewalt anzuwenden?
3. Trifft es zu, daß in diesen militanten Gruppen das Gewaltpotential hauptsächlich bei Schülern und Jugendlichen zu finden ist?
4. Wieviel Prozent der Bundesbürger, die Gewaltanwendung gegen Ausländer gutheißen oder mit ausländerfeindlichen Bestrebungen sympathisieren, sind rechtsextremistischen Parteien und Organisationen zuzuordnen?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Mitgliederzahl, Struktur, Strategie und Finanzierung solcher rechtsextremen Parteien und ausländerfeindlichen Organisationen vor, die bereit sind, Gewalt gegen Ausländer und Asylbewerber anzuwenden?
6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Verbindungen und Kommunikationsstränge zwischen rechtsextremen Parteien und ausländerfeindlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Erkenntnisse liegen über Verbindungen dieser Gruppen zu ausländischen Organisationen und Propagandisten vor?

7. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die materielle und propagandistische Unterstützung rechtsextremer Parteien und ausländerfeindlicher Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland durch Parteien, Gruppen, Verlage und Einzelpersonen des Auslands, und welche Erkenntnisse hat sie über gemeinsame Treffen und Tagungen deutscher und ausländischer Rechtsradikaler im Ausland?
8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Beziehungen organisierter Rechtsextremisten zu fremdenfeindlich und nationalistisch ausgerichteten Skinheads?
9. Bestehen hinsichtlich des Gewaltpotentials zwischen organisierten rechtsradikalen und nicht-organisierten fremdenfeindlich ausgerichteten Jugendlichen strukturelle Unterschiede?
Wo gibt es parallele Ansätze und Aktivitäten?
10. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über zunehmende Bereitschaft rechtsradikaler Gruppierungen und nicht-organisierter ausländerfeindlicher Jugendlicher zu militanter Gewaltanwendung bis hin zu terroristischen Aktivitäten vor?
11. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, daß es erste Hinweise auf die Bildung rechtsterroristischer Vereinigungen in den neuen Bundesländern gebe?
12. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls wie gegen Personen eingeschritten wurde, die bei den ausländerfeindlichen Ausschreitungen öffentlich Parolen und Grußformen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen verwendet haben?
13. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Angehörige der Sicherheitsbehörden offen mit Rechtsradikalen sympathisieren oder ausländerfeindliche Bestrebungen unterstützen?
14. Wie gedenkt die Bundesregierung ggf. den unter Angehörigen der Sicherheitsbehörden auftretenden rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten und sie zu bekämpfen?
15. In welchem Umfang wurden von den Regierungen der neuen Bundesländer Ersuchen zur Unterstützung des Aufbaues der Landespolizei an die Bundesregierung gerichtet?
16. Welche zusätzlichen Maßnahmen hat die Bundesregierung Bezug nehmend auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen bisher zur Unterstützung des Aufbaues der Landespolizei in den neuen Bundesländern, insbesondere unter Einbeziehung des Bundesgrenzschutzes, veranlaßt, und welche Vorhaben sind künftig geplant?
17. Ist die Bundesregierung aufgrund der ihr vorliegenden Erkenntnisse über rechtsextremistische und ausländerfeindliche Aktivitäten sowie der wiederholten Ausschreitungen der Ansicht, daß die vom Rechtsextremismus und vom Fremden-

haß ausgehenden Gefahren für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland der Gefährdung durch die Anschläge der Linksextremisten in den siebziger Jahren vergleichbar ist?

18. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um die Gefahren für die innere Sicherheit abzuwehren, die aus dem Rechtsradikalismus und der Ausländerfeindlichkeit resultieren?
19. Ist die Bundesregierung bereit, zum Schutz von Ausländer- und Asylbewerberwohnheimen die Länder durch den Einsatz von Bundesgrenzschutzbeamten ebenso zu unterstützen wie bei der Verhinderung von Gesetzesbrüchen in Gorleben, Wackersdorf oder an der Startbahn West?
20. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Beitrag der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland bei?
21. Ist die Bundesregierung bereit, durch eine breit angelegte Aufklärungskampagne die Bürger darüber aufzuklären, daß unsere Gesellschaft auf Ausländer angewiesen ist?
22. Hält es die Bundesregierung für erforderlich, durch Förderung der politischen Bildung in den neuen Bundesländern dem Neonationalsozialismus entgegenzutreten?
23. Beabsichtigt die Bundesregierung, jugend- und bildungspolitische Konzepte zur Bekämpfung der Gewalt und des Extremismus dadurch zu unterstützen, daß sie die neuen Bundesländer, Kommunen und Kreise durch ein Sofortprogramm zur Förderung des Sports und durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in die Lage versetzt, flächendeckend die Grundstruktur für eine breite Palette von Angeboten zur Jugendarbeit aufzubauen?
24. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundeszentrale für politische Bildung finanziell so auszustatten, daß diese beim Aufbau der Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Bundesländern kurzfristig tätig werden kann?
25. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um vor dem Hintergrund des Anstiegs von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Schäden für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland abzuwenden?

Bonn, den 4. Dezember 1991

Dr. Willfried Penner
Gerd Wartenberg (Berlin)
Angelika Barbe
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Peter Büchner (Speyer)
Günter Graf
Gerlinde Hämmerle
Dr. Ingomar Hauchler
Marianne Klappert
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Volkmar Kretkowski
Dr. Uwe Küster
Dr. Klaus Kübler
Uwe Lambinus

Dorle Marx
Dieter Maaß (Herne)
Adolf Ostertag
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Peter Paterna
Bernd Reuter
Gisela Schröter
Rolf Schwanitz
Johannes Singer
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Siegfried Vergin
Jochen Welt
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

